

Gegenstand: Prüfantrag zur Umstellung der Ratsarbeit auf rein digitales Arbeiten, Anfrage zur aktuellen Akzeptanz des digitalen Arbeitens; Antrag/Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion vom 19.10.2020
[Vorlage: 0478/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der mündlichen Begründung kritisiert Frau Hofmann zu wenig Unterstützung durch die Verwaltung, was Hemmnisse für die Ratsmitglieder in der Nutzung neuer Techniken zur Folge hat. In baden-württembergischen Kommunen gibt es viel mehr Unterstützung: Geräte werden zur Verfügung gestellt, eingerichtet und durch die Verwaltung laufend begleitet. Dies betrifft auch die digitale Archivierung von Rats- und Sitzungsunterlagen. Unabhängig davon sollten die Haushaltsunterlagen nur noch 1 x pro Fraktion/Gruppierung in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

Frau Beigeordnete Selg sieht die Verwaltung auf einem guten Weg dahin. Innerhalb der Verwaltung ist die digitale Verarbeitung bereits etabliert. Aufgrund der Erfahrung anderer Kommunen hat man sich entschlossen, keine Geräte verwaltungsseitig bereitzustellen. Ebenso möchte die Verwaltung keinen Druck ausüben, nur noch digital zu arbeiten. Sie selbst habe als Ratsmitglied immer Unterstützung bei Problemen erhalten. Als Motivation zum Verzicht auf Papier wird eine erhöhte Aufwandsentschädigung angeboten; für diese 1.500 € über die Wahlperiode kann man ein sehr schönes Endgerät anschaffen. Dessen ungeachtet begrüßt sie den Prüfantrag.

Herr Ableiter sieht viel Wunschdenken in diesem Antrag. Den gesparten Papierkosten rechnet er die Stromkosten für Server, Kühlung und Geräterecycling dagegen. Aus seiner Sicht ist keine Einsparung von Energie erkennbar. Er persönlich werde freiwillig nicht auf Papier verzichten, da die Arbeit auf gedruckten Medien für ihn entspannender und universeller sei.

Frau Heller äußert, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehe dem Antrag neutral gegenüber, da es für beide Positionen pro und kontra gebe. Man sollte es den Leuten überlassen, wie sie arbeiten wollen, daher werden sich die Grünen im Falle einer Abstimmung enthalten.

Frau Dr. Mang-Schäfer arbeitet schon lange digital und wendet sich daher gegen diesen Prüfauftrag, da verwaltungsseitig schon sehr viel digital angeboten wird. Die Problematik der Wartungsintensität bei Geräten, die durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden, wurde schon im Rahmen der Schulausstattung ausgiebigst diskutiert.

Herr Spirk sieht den Antrag auf die Zukunft gerichtet. Digitales Arbeiten wird immer weiter vorantreiben. Allerdings setzt auch er auf die freie Entscheidung der Ratsmitglieder. Der Stadtrat sollte durch die digitale Verwaltung mitgenommen werden. Die CDU unterstützt den Antrag.

Demgegenüber lehnt Herr Popescu für die Linke den Antrag ab, weil er auf reines Digitalarbeiten ausgerichtet sei. Er findet den Weg der Verwaltung eines sukzessiven Ausbaus von WLAN und Software richtig. Außerdem erinnert er an ein breites Altersspektrum mit entsprechenden Präferenzen im Stadtrat.

Die Vorsitzende schlägt vor, den Anfrageteil schriftlich zu beantworten. Danach sollte eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema im Ausschuss erfolgen. Frau Hofmann erinnert an das geforderte Schulungsangebot. Dafür sind laut Vorsitzender Haushaltsmittel 2021 eingestellt. Ansonsten ist die FDP-Fraktion mit einer Weiterbehandlung im Ausschuss für Digitales einverstanden.

Schriftliche Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich steht die Verwaltung dem Ansinnen der FDP-Stadtratsfraktion positiv gegenüber, weil eine rein digitale Ratsarbeit eine erhebliche Arbeitserleichterung und das Einsparen von Ressourcen erlauben würden. Die Erstellung aller Ratsunterlagen erfolgt verwaltungsseitig ohnehin bereits volldigital, die Umsetzung auf das Papiermedium sowie der fristgerechte Versand sind ein erheblicher Zusatzaufwand für Sitzungsdienst, Hausdruckerei und Poststelle.

Bisher haben wir aber keinen entsprechenden Ratsbeschluss gefasst, weil immer noch ein nicht unerheblicher Teil der Ratsmitglieder ausdrücklich die Übersendung von papiergebundenen Unterlagen wünscht. Wir haben bisher diese Option offen gelassen, weil wir nach unserem Verständnis die frei gewählten Mitglieder des Stadtrates verwaltungsseitig nicht dazu zwingen können/wollen, nur noch mit einem elektronischen Endgerät arbeiten zu müssen.

Um einen Anreiz für den Umstieg auf (freiwilliges) rein elektronisches Arbeiten zu geben, wurde bereits die persönliche Aufwandsentschädigung um 25 € monatlich erhöht, wenn dafür auf Papier verzichtet wird. Dieses Angebot wird zwischenzeitlich von 13 Ratsmitgliedern in Anspruch genommen. Dementsprechend arbeiten 31 Ratsmitglieder aber noch entweder zweigleisig mit Papier/digital oder rein mit Papier. Wir haben für alle Ratsmitglieder Zugänge zum Ratsinformationssystem und zum WLAN im Stadtratssitzungssaal angelegt und ausgehändigt.

Bereitstellung von Endgeräten:

Diese erhöhte Aufwandsentschädigung soll auch dazu dienen, sich ein eigenes digitales Endgerät für Ratszwecke anschaffen zu können (300 € p.a. = 1.500 € pro Wahlperiode) – neudeutsch: BYOD (bring your own device). Wir sind der Auffassung, dass man mit diesem Betrag entweder ein reines Ratsgerät beschaffen oder den Kauf eines entsprechenden, auch privat anderweitig genutzten, hochwertigen Gerätes bezuschussen kann.

Von einer Bereitstellung und Konfiguration durch die Verwaltung haben wir absichtlich und nachdrücklich abgesehen. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen haben uns dazu veranlasst.

Beispiel NW:

NW hat bereits vor einigen Jahren alle Ratsmitglieder mit behördlichen iPads für die Ratsarbeit ausgestattet und darauf individuell die Mandatos-App installiert. Damit verbunden ist dann auch der komplette Support für diese Geräte durch die Stadt, wie Einrichten, Updates, Fehlerbehebung bei technischem Ausfall oder Fehlbedienung durch die Nutzenden (zumeist infolge der Verwendung für andere Zwecke). Das verursacht einen immensen Personalaufwand bei der IT-Abteilung, die für die technische Seite verantwortlich ist. So sitzt in NW immer ein/e Mitarbeiter/in der IT-Abteilung in den Ratssitzungen, um im Notfall eingreifen und die Geräte zum Laufen bringen zu können.

Nach 3 Jahren hatte Apple den Support für das Betriebssystem für diesen Typ iPad eingestellt; die Folge war, dass die überarbeiteten Versionen der App nicht mehr auf den Geräten installiert werden konnten und der komplette Gerätebestand ein Fall für den Elektroschrott wurde (NW hat ebenfalls 44 Ratsmitglieder)!

Aus diesem Grund halten wir (Hauptverwaltung und EDV-Abteilung) die Nutzung eines eigenen digitalen Endgerätes nach wie vor für die bessere Alternative, da sie die jeweilige Anpassung an die Weiterentwicklung der Technik gewährleistet und auf die jeweiligen persönlichen Präferenzen der Nutzenden (Betriebssystem: iOS, Android, Windows, Linux bzw. Gerätetyp: Laptop, Tablet, Surface etc.) Rücksicht nimmt.

Andere Kommunen, z.B. die Verbandsgemeinde Römerberg-Dudenhofen, gewähren ihren Ratsmitgliedern einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 400 € (im Beispiel) für die Anschaffung eines Gerätes pro Wahlperiode; insoweit fahren die Ratsmitglieder in Speyer mit unserer Lösung über die gesamte Wahlperiode finanziell erheblich besser.

Über den Status einer „Testgruppe“ im Stadtrat sind wir bei der aktuellen Nutzung von SessionNet bzw. den entsprechenden Mandatos-Apps in Rat und Ausschüssen bereits weit hinaus; insofern kann dieser Punkt als erledigt betrachtet werden.

Schulung:

Auch die Verwaltung sieht die Notwendigkeit einer Schulung der Ratsmitglieder, die über die zur Verfügung gestellten schriftlichen Bedienungs- und Einrichtungsanleitungen hinaus geht. Da wir selbst nicht über den notwendigen technischen Sachverstand für eine Inhaus-Schulung verfügen, müssen wir uns dazu an den Hersteller der Software wenden und Schulungstermine buchen. Dafür haben wir im Haushaltsplan 2021 einen Ansatz eingestellt.

Ausschüsse:

In den Ausschüssen arbeiten zwischenzeitlich bereits 32 Ausschussmitglieder ausschließlich mit dem digitalen Medium (zusätzlich zu den 13 Ratsmitgliedern). 2 Ausschüsse (Werkausschuss und Ausschuss für Digitales) haben für sich bereits eine rein digitale Arbeitsweise beschlossen. Bei den Ausschussmitgliedern (die nicht gleichzeitig im Rat sind) ist zu berücksichtigen, dass diese keine persönliche Aufwandsentschädigung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit erhalten, sondern nur Sitzungsgeld. Allerdings ist der tatsächliche Aufwand für die reine Mitgliedschaft in einem Ausschuss auch erheblich geringer als die Arbeit im Rat.

Infrastruktur:

In den Sitzungsräumen im Rückgebäude des Hist. Rathauses ist WLAN bereits flächendeckend verfügbar (über entsprechende Sicherheitsvouchers, die einen individuellen Login erfordern). Freies WLAN wollten wir nicht anbieten, weil das einen Zustrom an „Wildsurfern“ zur Folge hat, wie wir an der Tourist-Info schmerzvoll erfahren mussten. Außerdem steht immer noch die Haftungsfrage als Zustandsstörer im Raum, sollte dieser WLAN-Zugang für Straftaten verwendet werden, weshalb wir auch im Ratssaal darauf hinweisen, dass der entsprechend geführte Datenträffic protokolliert wird. Für 2021 planen wir einen flächendeckenderen Ausbau von WLAN in allen Verwaltungsgebäuden, was allerdings bei 12 Gebäuden mit rundweg historischer Bausubstanz nicht einfach umzusetzen ist. An der Daten- und Profilsicherung aus der Mandatos-App arbeiten wir noch.

Fazit:

Rein digitales Arbeiten: Ja gerne – Bereitstellung und technische Betreuung von Geräten durch die Stadt: Nein danke

Wir möchten noch zu Bedenken geben, dass es sicherlich das eine oder andere Ratsmitglied gibt, das mit digitalen Medien absolut nichts anzufangen weiß. Der technische Fortschritt darf nicht zum Ausschluss dieser Menschen aus dem politischen Engagement und Geschehen führen.